

26.01.2026

## Aktuelle Stunde

auf Antrag  
der Fraktion der SPD

### **Ganztags ohne Plan – Landesregierung gefährdet Rechtsanspruch in Nordrhein-Westfalen!**

Rund ein Drittel der Grundschulleitungen in Nordrhein-Westfalen hält laut einer vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) beauftragten und am 23.01.2026 vorgestellten repräsentativen Forsa-Umfrage den Start des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz zum Schuljahr 2026/27 in NRW für nicht umsetzbar.<sup>1</sup>

Dieser Anspruch ist ein zentraler Baustein für mehr Chancengleichheit, bessere Bildungsbiografien und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die aktuellen Rückmeldungen aus der Praxis zeigen, dass die Umsetzung dieses Anspruchs in Nordrhein-Westfalen ernsthaft gefährdet ist. Als zentrale Gründe werden fehlendes Personal, unzureichende räumliche Voraussetzungen sowie mangelnde finanzielle und strukturelle Unterstützung genannt. Diese Einschätzungen stammen aus der täglichen Praxis der Schulen und sind ein deutliches Warnsignal. Welche Bedeutung eine verlässliche Ganztagsbetreuung für Eltern hat, zeigt auch die aktuelle Debatte zum Recht auf Teilzeit. Angesichts unzureichender Ganztagsbetreuungsplätze in Nordrhein-Westfalen ist fraglich, wie mehr Eltern in Teilzeit ihre Stunden erhöhen sollen, wenn ihre Kinder nicht ausreichend betreut werden können. Die Debatte, dass Teilzeit ein Lifestyle-Thema sei, steht im völligen Kontrast zur Realität der berufstätigen Familien und auch zu den Rückmeldungen aus den Grundschulleitungen.

Dabei ist klar: Der Ganztags in Nordrhein-Westfalen funktioniert vielerorts nur, weil engagierte Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und Mitarbeitende im Ganztags tagtäglich mit großem Einsatz, Kreativität und Verantwortungsbewusstsein arbeiten – oft unter herausfordernden Bedingungen. Sie leisten hervorragende Arbeit für Kinder und Familien und halten den Ganztags trotz personeller Engpässe, hoher Belastung und unsicherer Rahmenbedingungen am Laufen.

Die Ergebnisse der Umfrage verdeutlichen zugleich, dass der Ganztags nicht allein als organisatorische Betreuungsfrage verstanden werden darf. Ein qualitativ hochwertiger Ganztags ist ein Bildungsangebot, das Zeit für individuelle Förderung, soziale Bildung, Bewegung und kulturelle Angebote benötigt. Dafür braucht es qualifiziertes Personal, verlässliche Standards, angemessene Räume und eine stabile Finanzierung. Wenn Schulleitungen berichten, dass diese Voraussetzungen vielerorts fehlen, dann droht der Rechtsanspruch zu einem bloßen Anspruch auf dem Papier zu werden.

---

<sup>1</sup> Vgl.: [https://vbe-nrw.de/wp-content/uploads/2025/08/forsa\\_NRW\\_Ganztagsbetreuung.pdf](https://vbe-nrw.de/wp-content/uploads/2025/08/forsa_NRW_Ganztagsbetreuung.pdf)

Besonders problematisch ist, dass auch bei den Beschäftigten im Ganztags vielfach grundlegende Mindeststandards fehlen. Viele Mitarbeitende arbeiten unter prekären Bedingungen, häufig in Teilzeit, mit niedrigen Einkommen und begrenzten Möglichkeiten zur Qualifizierung und Weiterbildung. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an den Ganztags stetig. Ohne bessere Arbeitsbedingungen, verlässliche Perspektiven und eine gezielte Fachkräfteoffensive wird es nicht gelingen, ausreichend Personal zu gewinnen und dauerhaft zu halten. Dies gefährdet nicht nur die Umsetzung des Rechtsanspruchs, sondern auch die Qualität der Angebote für die Kinder.

Die Verantwortung für die Umsetzung des Ganztags darf dabei nicht weiter einseitig auf die Kommunen abgewälzt werden. Städte und Gemeinden stehen bereits heute unter erheblichem finanziellem und organisatorischem Druck. Ohne eine substanzielle Beteiligung des Landes an den laufenden Kosten, an Investitionen in Räume und Ausstattung sowie an der Entwicklung verbindlicher Qualitätsstandards ist der Rechtsanspruch kaum realisierbar. Planungssicherheit für Kommunen, Träger und Schulen ist zwingend erforderlich.

Die Landesregierung ist daher gefordert, endlich entschlossen zu handeln. Erforderlich sind ein klarer Umsetzungsplan, eine verlässliche Finanzierung, verbindliche landesweite Standards für Qualität und Personal sowie ein Landesausführungsgesetz, das rechtliche Klarheit und Planungssicherheit schafft. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Ganztags nicht nur länger, sondern auch besser wird. Damit dieser Anspruch eingelöst werden kann, muss das Land jetzt Verantwortung übernehmen und liefern: mit ausreichenden finanziellen Mitteln, besseren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Ganztags und einer echten Unterstützung der Kommunen. Alles andere würde den berechtigten Erwartungen von Familien, Schulen und Kindern nicht gerecht.

Jochen Ott  
Ina Blumenthal  
Dilek Engin

und Fraktion